

Bausparen

## Ständeratsentscheid weist die Richtung

Zürich, 10. Juni 2008

**Der Ständerat hat es heute abgelehnt, Bausparabzüge im Steuerrecht einzuführen. Damit hat er Augenmass gewahrt und verhindert, dass weitere Steuerschlupflöcher entstehen. Der MV wird sich dafür einsetzen, dass Steuerprivilegien für Wohneigentümer und Neuerwerber in der nächsten Runde mit den anstehenden Initiativen zum gleichen Thema bachab geschickt werden.**

Der Schweizerische Mieterinnen- und Mieterverband Deutschschweiz nimmt erfreut zur Kenntnis, dass der Ständerat in Sachen Bausparen hart geblieben ist. Damit sind verschiedene Vorstösse, die das Bausparen gesamtschweizerisch einführen wollten, vom Tisch. Der Ständerat hat richtig erkannt, dass vom Bausparen vor allem Gutbetuchte profitieren und den Kantonen wie dem Bund weitere Steuerausfälle drohen. Steuerabzüge sind nur für Gutverdienende interessant, Schwellenhausalten, die sich Wohneigentum knapp nicht leisten können, bringen sie wenig und sind deshalb ein sehr ineffizientes Mittel zur Wohneigentumsförderung. Dies zeigen auch Studien: Eine Steigerung der Wohneigentumsquote durch die Möglichkeit des Bausparens lässt sich nicht beweisen. Sehr wohl dagegen eine weitere Zunahme der Steuergerechtigkeit zwischen Mietenden und Wohneigentümern resp. Neuerwerbern.

Der SMV/D fordert nach diesem wiederholten Scheitern des Bausparens die Regierung des Kantons Baselland auf, den rechtwidrigen Zustand im Kanton aufzuheben. Entgegen den Vorgaben des Steuerharmonisierungsgesetzes kann im Kanton Baselland ein Steuerabzug fürs Bausparen gemacht werden – und dies seit Jahren. Bis zur Abstimmung über das Steuerpaket 2004 geschah dies auf Grund einer eingeräumten Übergangslösung. Seither fehlt jede rechtliche Basis.

Mit dem Nein des Ständerates besteht die Hoffnung, dass auch die zur Zeit laufenden Volksinitiativen zum Bausparen im Parlament abgelehnt werden. Die Initiativen des Hauseigentümerversandes und der Baselbieter Wirtschaftskammer sind nun der dritte Anlauf in Folge, um mit Volksabstimmungen das Bausparen doch noch einzuführen. Das Stimmvolk lehnte dies bereits zweimal ab. Weder im Parlament noch vor dem Volk hatte das Anliegen eine Chance. Der MV ist überzeugt, dass diese Zwängerei nicht goutiert wird und auch ein drittes Mal scheitern wird.

Für Auskünfte:

Michael Töngi, stv. Geschäftsleiter SMV/D: 043 243 40 42/ 079 205 97 65

Zur Situation in Baselland:

Urs Thrier: Geschäftsleiter MV BL: 061 666 69 62 (direkt) 061 666 60 90 (Sekretariat)